

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/55. Jahrgang

Mai 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

Eigentlich unglaublich, dass ihnen das immer wieder gelingt ...

Franz Josef Degenhardt

Deinem Urgroßvater haben sie erzählt:
Gegen den Erbfeind.
Für das Vaterland.

Und er hat das tatsächlich geglaubt.
Und was hat er gekriegt?
Granatsplitter in Beine
und Kopf
vor Verdun.

Deinem Großvater sagten sie:
Gegen die slawischen Horden.
Für die abendländische Kultur.
Er hat das wirklich geglaubt.

Was hat er gekriegt?
Bauchschuß und
einen verrückten Kopp
vor Stalingrad.

Deinem Vater erzählen sie jetzt:
Gegen die Völkermörder.
Für die Menschenrechte.
Für den Frieden.
Unglaublich – er glaubt's.
Was er wohl kriegt?
und wo wird das sein –
diesmal?

Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg!

**Friedensfähigkeit statt
Kriegstüchtigkeit!**

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden

Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen.

Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Fortsetzung auf S. 2

**Kall, mei Drobbe –
Kurz und Gießen:**
Wohnungssuchende S. 3

**Kommunalpolitik /
Umverteilung** S. 4

**Kandidaten
EU-Wahl** S. 5

**Palästina /
Gaza-Krieg / BDS /
75 Jahre NATO** S. 6 / 7

Für Frieden und Sozialismus! DKP

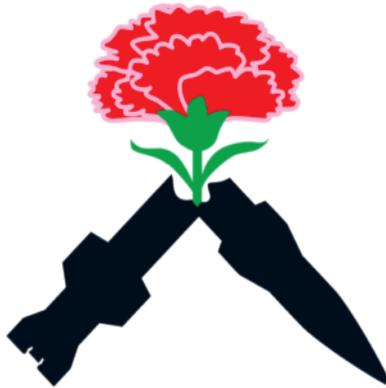
Fortsetzung von Seite 1: **Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg**

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen.

Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Gewerkschaften

müssen sich entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und Aufrüstung!



Hier den Aufruf unterstützen!

Alle Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner sowie die Möglichkeit, den Aufruf zu unterschreiben, findet ihr auf der Website: <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>



Leserbriefe

1.-Mai-Demo – mit oder ohne DGB?

[...] Der DGB hat sich in einer Weise entwickelt, genau im Gegensatz zu dem, was fortschrittliche Kräfte von ihm erwarten. Das letzte „Highlight“ war das Bündnis der Gewerkschaft IG Metall mit dem Rüstungskapital. Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel seien politisch notwendig und würden Arbeitsplätze schaffen. Längere Zeit vorher gab es schon

shake-hands zwischen dem Generalinspekteur der Bundeswehr und dem DGB Vorsitzenden, ebenso mit dem gegenseitigen Bekenntnis, dass die *armament industry* Arbeitsplätze schafft, ebenso die Bundeswehr.

Dies sind nur ein paar der letzten „Sünden“ des DGB bzw. von Teilgewerkschaften. Mir ist bekannt, dass

Lenin sagte: Die Gewerkschaft ist die Organisation der Arbeiterklasse und ergo sind wir Teil davon....

Aber würde dies Lenin unter den gegenwärtigen Umständen immer noch sagen? Oder würde er jetzt sagen: „Jetzt reicht es, die Grenze ist überschritten!“ [...]

(Mit Einverständnis gekürzter Leserbrief, Autor der Redaktion bekannt)

Das neue Lieferkettengesetz

Jetzt kommt es also doch, das neue Lieferkettengesetz. Trotz des heftigen Widerstands des kleinen Wirtschaftsverbands FDP. Wenn der gegen etwas ist, kann man sicher sein, wem er dabei die Stange hält. Und prompt meldet sich der Präsident des Außenhandelsverbands Jandura, weil er dazu auch etwas zu sagen hat. Er behauptet, dass dieses neue Gesetz ein Sieg für die Bürokratie sei. Da entgeht dem guten Herrn Jandura, dass eine Zunahme der Bürokratie in Deutschland noch

nie ein Hindernis für irgendetwas war. Ganz im Gegenteil! Bei Anträgen für zustehende Sozialleistungen kann vielen die Bürokratie der Überwachung und Drangsalierung der Leistungsbezieher nicht hoch genug sein. Natürlich darf das Standardargument der Wettbewerbsfähigkeit nicht fehlen.

Alles wohlfeile Worte, die etwas verschleiern sollen. Diesen Profitheilsusen geht es nur um eins: billig, billig, billig, egal auf wessen Kosten und Gesundheit. Dass mit

dem Lieferkettengesetz etwas gegen Kinderarbeit und Umweltschäden getan werden soll, ist denen völlig egal. Hauptsache, sie und ihr Konto werden fett. Da ist es natürlich nur ein kleiner Schritt zu den immer lauter werdenden Forderungen der CDU, endlich etwas gegen das gesetzlich garantierte Streikrecht zu unternehmen.

Unsere Demokratie eine Herrschaft des Volkes? Im goldenen Westen ein schönes Märchen.

Wolfgang Seibt

Zusammen für Umwelt- und Klimaschutz

Umwelt- und Klimaschutz können nur gelingen, wenn mehr passiert als schöne Worte einschließlich *Greenwashing* der weiteren Zerstörung. Daher müssen wir die Machtfrage stellen – und das heißt: Aneignung der Produktionsmittel, Vergesellschaftung der Konzerne, Dezentralisierung politischer Entscheidungen! Das können wir,

soziale, ökologische, internationalistische, feministische, antifaschistische und alle weiteren emanzipa-

torischen Bewegungen am besten zusammen erreichen!

Jörg Bergstedt



Manifest der Kommunistischen Partei

<https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/marx-engels-manifest.pdf>



Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Wohnungssuchende vom Magistrat alleingelassen

Nein, „das Phänomen des Wohnungsleerstands“ wird vom Magistrat derzeit nicht als „problematisch“ eingeschätzt, so Stadtsprecherin Boje zum Gießener Anzeiger. Der Mieterverein hatte eine systematische Leerstandsstatistik gefordert. Denn nach seinen Schätzungen stehen hier in Gießen 1.260 Wohnungen leer.

Nein, Herr Kaisers, es ist empörend als Pressesprecher des Mietervereins von der Stadt eine freiwillig erstellte Statistik zu fordern. Hat denn OB Becher in seinem Neujahrs-Interview nicht deutlich gesagt, dass die Koalition ohne

Visionen Politik betreibe? Und, Herr Kaisers, Sie fordern ja von der Stadt Maßnahmen, „für die personelle Kapazitäten von anderen Aufgaben freigestellt oder neu geschaffen werden müssten“. Und die „positiven Anreize müssten ja von der Stadt finanziert werden“, so Boje. Dann geben wir als Verantwortliche das Geld lieber für Landesgartenschauen, Greensill, Bushäuschen am Marktplatz oder die Lahnwelle aus.

Abgesehen davon gehören Immobilienspekulation und Mietpreistreiberi zum Wesen des Kapitalismus. Das wusste schon Karl Marx.

Aber es ändert sich erst, wenn viele eine Änderung wollen. Ein Anfang wäre ein freiwilliger Leerstandsmelder wie in Frankfurt, um damit zu erkunden, wie groß der tatsächliche Leerstand in Gießen ist. Aber selbst das will der Magistrat nicht. Er schützt damit Hauseigentümer, die sich sozial schädlich verhalten. Der Wohnungsleerstand verschärft nämlich den Wohnungsmangel und treibt so die Mieten an. Ein Zweckentfremdungsverbot mit hohen Geldstrafen durch das Stadtparlament würde auch schon vorher helfen.

Unikliniken – Goldesel der Rhön AG

Die Rhön AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM), hat für das vergangene Jahr einen

Gewinn von 40,2 Mio. Euro gemeldet. Im Vorjahr waren es „nur“ 26,9 Mio. Beim Streik der nichtärztlichen Beschäftigten vor wenigen Monaten hatte der Vorstand noch gejammert: Woher soll das ganze Geld kommen? Da hat er wohl vor allem an die Aktionäre gedacht, die auf höhere Dividenden hoffen. Erwirtschaftet wurde das Geld auf Kosten des Personals, das oft bis zum Umfallen schuftet. Das geht auch zulasten der Patienten, die oft kurz nach einer Operation – die Fallpauschale ist damit kassiert - entlassen wer-

den. Die weitere Behandlung wälzt die Rhön AG auf niedergelassene Ärzte ab. Der hohe Profit lässt auch vermuten, dass die Rhön AG *Rosinenpickerei* betreibt. Sie achtet darauf, dass vor allem Patienten mit gewinnversprechender Fallpauschale überwiesen werden.

Profit mit Krankheiten? Das ist krank. Es wäre allerdings leicht zu heilen. Kliniken gehören in Verantwortung der öffentlichen Hand oder gemeinnütziger Träger. Das wäre besser für Ärzte, Pflegepersonal und Patienten.

Gernot Linhart



Ostermarsch in Gießen

An der diesjährigen Ostermarschveranstaltung in Gießen nahmen gut 150 Leute teil. Aufgerufen haben das Friedensnetzwerk Gießen und der DGB Gießen.

Mit sieben Redebeiträgen, Gedichten und gemeinsamem Gesang warben Aktivisten dabei für eine friedlichere, gerechtere und sozialere Welt.

Die DKP-Stadtverordnete Martina Lennartz bemerkte zu einem Clip der öffentlich-rechtlichen Kinder-

nachrichtensendung "logo!", in dem Marschflugkörper mit animierten Gesichtern sich über das Zögern des Bundeskanzlers bei ihrer Lieferung lustig machen (<https://www.jungewelt.de/artikel/470439>.



[marschflugk%C3%B6rper-des-tages-zdf-logo.html](https://www.jungewelt.de/artikel/470439)): "Das ZDF nennt das Satire, ich nenne das ekelhaft!" Lennartz wünschte sich ein mediales Umfeld für Kinder, das "Konflikte lösungs- und nicht weltkriegsorientiert vermittelt." Alle Redner forderten einen Stopp aller Waffenlieferungen, glaubwürdige diplomatische Initiativen, mehr soziale Ausgaben, Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer und ein Ende der Militarisierung der Gesellschaft.

Gießener Kommunalpolitik – ein Trauerspiel

Nach der Kommunalwahl vor drei Jahren trat die neu gewählte Fraktion der „Gießener Linken“ in eine Koalition mit den Grünen und der SPD ein. Manche träumten von einem „Linken Projekt“, das für andere Parlamente Vorbild sein könne. Der Koalitionsvertrag enthielt auch einige Versprechungen – mehr Sozialwohnungen, besserer und preiswerterer öffentlicher Nahverkehr, mehr für das Ziel „Gießen 2035 klimaneutral“, mehr Einfluss auf die kommunalen Betriebe, die der Daseinsvorsorge dienen.

Die Koalition verwirklichte davon wenig bis nichts. Die Anzahl der Sozialwohnungen blieb rückläufig, die Zahl der Stromsperrungen wegen Geldmangel ist unverändert. Der öffentliche Nahverkehr ist nicht besser, aber teurer geworden. Die Ermäßigung für Einzelfahrten mit dem Bus für Inhaber des Gießen-Passes wurde sogar gestrichen. Beim Klimaschutz gibt es kaum Fortschritte. Der Verkehrsversuch zur Verbesserung des Radverkehrs scheiterte



grandios, weil man rechtliche Voraussetzungen nicht beachtete. Es gibt zwar einige „Fahrradstraßen“, da dort aber Autos fahren dürfen, hat sich nichts wesentlich verbessert – Radfahrer werden angehupt und mit knappem Abstand überholt. Die Fahrradstreifen am Anlagen-

ring verschwanden. In der Wiesekaue verschleudert man 1,4 Mio. Euro für ein sinnloses Bauvorhaben. Das Wasser der Wieseck soll für 300 Meter auf zwei Rinnen aufgeteilt werden. Vermutlich muss dort ein vor der Landesgartenschau versprochener Bauauftrag nachgeholt werden. Beim Stahlhandel *Bieber + Marburg* im Wald zwischen Steinberger und Leihgesterner Weg sollen vier Hektar Wald gerodet werden. Die Mitglieder der Fraktion der Gießener Linken stimmten immer wieder Anträgen zu, die ihrem Wahlprogramm zuwiderlaufen. Unsere Stadtverordnete Martina Lennartz trat deswegen aus der Fraktion aus und blieb als Einzelkämpferin in der Stadtverordnetenversammlung.

In dieser Legislaturperiode ist von der Koalition nichts mehr zu erwarten. Es steht zu befürchten, dass bei der nächsten Kommunalwahl die Parteien davon profitieren, die es noch schlechter machen werden.

Umverteilung von oben nach unten!

Rentenerhöhung statt Rüstungswahn

Arbeitsminister Heil (SPD) feiert sich aktuell als Retter der Rente. Er will auf Dauer die Rente in Höhe von 48% des Durchschnittseinkommens über das Jahr 2025 hinaus sichern. Damit lenkt er von der tatsächlichen Situation bei der Rente ab. Denn statt Sicherung der 48% bräuchte es eine deutliche Erhöhung bzw. eine Rücknahme der Rentenkürzungen, die in den vergangenen Jahren erfolgten. Hier die Rentenhöhe und ihre ständige Verschlechterung:

1990	55,0%
1992	53,1%
1996	53,4%
2000	52,9%
2010	51,6%
2014	48,0%
2020	47,6%
2024	48,0%

Dieses Rentenniveau gilt für eine Tätigkeit über 45 Jahre bei Errei-

chen der Regelaltersgrenze und einem Verdienst, der dem Durchschnittsgehalt abhängig Beschäftigter entspricht. Wir fordern ein Ende des Griffes in den Geldbeutel der Rentnerinnen und Rentner und stattdessen die deutliche Anhebung der Durchschnittsrente, um damit der massiv steigenden Altersarmut zu begegnen. Übrigens hat der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages veröffentlicht, dass die durchschnittlichen Renten in Österreich um mehr als 400 Euro höher sind als in Deutschland. Im Zuge des Rüstungswahns in Deutschland werden die Renten wohl auch in den nächs-

ten Jahren zu dessen Finanzierung als Verfügungsmasse angesehen werden. Dies gilt es zu bekämpfen.

H.R.



Karl Marx für Anfänger

So ein Zufall: Gestern Abend wurde bekannt, dass die 40 DAX-Konzerne nächstes Jahr 54 Mrd. Euro an die Aktionäre ausschütten – so viel wie noch nie und damit 6% mehr als dieses Jahr.

Heute wird bekannt, dass die Reallöhne dieses Jahr so stark gesunken sind wie noch nie: um 6%.

Bürgernähe: Heiße Luft



Die DKP Gießen begrüßt die Bildung der neuen Bürgerinitiative „Wald statt Stahl und Beton – Keine Rodung am Schiffenberg“, die sich den gemeinsamen Plänen der Magistratsparteien und der Firma „Bieber + Marburg“ entgegenstellen will. Bekanntlich sollen 40.000 m² Gehölz dem Ausdehnungs- und damit Profitbestreben der Stahl-Lager-Firma am Schiffenberger Wald zum Opfer fallen.

In Gießen wurden seit den Vorbereitungsarbeiten für die Landesgartenschau 2014 massive Rodungen von Bäumen und Sträuchern vorgenommen. Erinnert sei an die fünf Meter breiten Schneisen, die im Schiffenberger Wald für die Rohrtrassen der Frankfurter Wasserwirtschaft angelegt wurden. Auch an die vielen von der Stadt ungebremsen Baumfällungen privater Investoren der letzten Jahre und an die Baumfällungen neben dem Freibad Ringallee. Bauverkehr, Baulärm und Absperrungen stören viele Erholungsgebiete der Bevölkerung massiv. So kann es nicht weiter gehen!

Die Stadtregierung lässt sich durch die Hoffnung auf höhere Steuereinnahmen von Bieber an der Leine führen und will sogar ein Ausdehnungsverbot für diese Firma missachten. Vorhandene Alternativpläne will sie nicht akzeptieren. Gleichzeitig versucht der Magistrat, der mit „Bieber + Marburg“ unter einer Decke steckt, seine Pläne vor der empörten Öffentlichkeit zu verheimlichen. Die zahlreichen Widersprüche, die von Bürgern eingereicht wurden, blieben von ihm bisher unkommentiert. Die Einreicher erhielten nicht einmal eine Eingangsbestätigung.

Die oft zitierte Bürgernähe dieser Stadtregierung entpuppt sich als heiße Luft.

Zweimal wurden Stadtregierungen durch Bürgerbegehren in den schlimmsten Auswüchsen gebremst. Die DKP wird mithelfen, auch ein drittes Begehren erfolgreich zu gestalten.

DKP Gießen

DKP-Kandidaten für die EU-Wahl

Martina Lennartz



Ich kandidiere, weil jedes fünfte Kind in Armut lebt und dadurch nicht die gleichen Bildungschancen hat. Bildung ist in Deutschland

vom Einkommen der Eltern abhängig. Von den knapp 13,7 Millionen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die hierzulande leben, wachsen 2,85 Millionen in Armut auf. Die GEW stellt richtig fest, dass gute Bildung eine Bildung für alle sein muss.

Lehrerinnen und Lehrer sollen aktuell die Kinder für den Krieg vorbereiten und Werbung für die Bundeswehr machen. Wir aber wollen, dass Kinder lernen, wie man Konflikte gewaltfrei löst. Wir fordern deshalb, dass unsere sogenannten „Sondervermögen“ in Soziales, in das Gesundheitswesen und in Bildung investiert werden.

Henning Mächerle



Anfang Juni 2024 steht die Wahl für das Parlament der Europäischen Union an.

Die Anfänge der EU gehen auf die 1950er Jahre zurück. Deutschland als stärkste ökonomische Macht nutzte die Strukturen für sich. Aber erst durch die Währungsunion erlangte die deutsche ökonomische Überlegenheit ihre volle Wirkung. Für die Lohnabhängigen der EU-Staaten bedeutet

diese Situation jedoch Arbeitslosigkeit, Privatisierung, Verarmung und Zunahme staatlicher Repression.

Es ist ein „Europa der Konzerne“! Das EU-Parlament hat praktisch nichts zu sagen.

Warum kandidiere ich dann für dieses Parlament?

Parlamente waren schon immer Bühnen, um die Korruption und die Politik im Sinne der Reichen zu kritisieren. Die Institution muss für die Bevölkerung durchsichtig werden.

An die Stelle dieser EU der Herrschenden muss ein Europa der arbeitenden Menschen treten. Dieses wird uns nicht geschenkt. Wir müssen es erkämpfen!

Notwendige Voraussetzung für diesen Kampf ist die Existenz einer starken kommunistischen Partei.

**Organisieren –
Zusammenstehen –
Gemeinsam für unsere
Interessen kämpfen!**



EU-Wahl am 9. Juni 2024

DKP
wählen

Solidarität mit Palästina wird verboten

Die Demokratie in Deutschland wird – ganz demokratisch – weiter abgebaut. Der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis prangert "systematische Unterdrückung und Verfolgung" derjenigen an, die "gegen den Völkermord in Gaza und die Mitschuld Deutschlands an Israels Verbrechen kämpfen". Schon im Vorfeld des Kongresses in Berlin wurde Polizeistaat geprobt. Georg Ismail – einem Mitorganisator – wur-



de ohne Angabe von Gründen von der Berliner Sparkasse sein privates Girokonto gekündigt und gesperrt. Die Berliner Sparkasse hatte Ende März auch ein für die Spendensammlung zum Kongress genutztes Konto der jüdischen Aktivisten gesperrt.

Am Freitag stürmte die Polizei in Berlin den Palästina-Kongress zwei Stunden nach Beginn wegen eines angeblichen "politischen Betätigungsverbots" des mit einer Videobotschaft zugeschalteten Redners Salman Abu Sitta. Die Polizei räumte daraufhin den Saal. Der Kongress blieb für das gesamte Wochenende verboten. Dem palästinensisch-britischen Chirurgen und Rektor der Universität Glasgow, Ghassan Abu Sitta, verwehrte man am Berliner Flughafen eine Einreiseerlaubnis. Am Samstag erließ das Bundesinnenministerium ein Einreise- und Betätigungsverbot gegen den ebenfalls als Redner vorgesehenen ehe-

maligen griechischen Finanzminister Yannis Varoufakis.

Die Veranstalter des Kongresses ließen sich aber nicht unterkriegen. Am Samstag fand eine Demonstration gegen die Repression und die deutsche Unterstützung der israelischen Regierung statt. Trotz des kurzen Vorlaufs kamen über 9.000 Menschen. Das bürgerliche Recht wird gebeugt und verkommt zur Karikatur. Der juristische Vorwand für das Verbot des Kongresses liest sich wie ein Witz: Es bestünde die Gefahr, "dass wiederholt ein Redner – Salman Abu Sitta – zugeschaltet wird, der sich schon in der Vergangenheit antisemitisch bzw. gewaltverherrlichend öffentlich geäußert hat". Es geht also nicht darum, dass sich jemand auf dem Kongress geäußert hat, sondern er hat oder könnte das falsche sagen. Das alles ist gelebte bürgerliche "Demokratie".

Henning Mächerle

Verteidigung oder Völkermord – Israels Krieg in Gaza

Das Problem des Westens ist seine Doppelzüngigkeit, welche so ziemlich jedem auffällt, nur den Regierungen und den Leitmedien des Westens nicht. War es im Falle des Kriegs in der Ukraine relativ einfach, der Bevölkerung vorzumachen, es gäbe nur einen Schuldigen, nämlich Russland, fällt dies beim Krieg im Gazastreifen schwer. Die propagandistischen Methoden sind in beiden Fällen gleich: „Russlands Angriffskrieg“ – „der unprovokierte Angriff der Hamas“. Hieraus folgt: „Putin ist alleine schuld“ – „die Hamas ist alleine schuld“. Und vor allem: „Der Krieg hat keine Vorgeschichte“. Dadurch soll es gelingen, die Mitverantwortung des Westens für die Geschehnisse auszublenden.

Im Fall des Kriegs in Gaza gelingt dies nicht mehr. Zu viele zivile Opfer, zu viel Zerstörung und zu viele Länder, welche offen für die Palästinenser Partei ergreifen. Über 70% der Häuser im Gazastreifen sind aktuell zerstört, es gibt über 30.000 Tote (Verschollene und Opfer der prekären Lage nicht mitgezählt), ca.

76.000 Verletzte. Knapp die Hälfte der Opfer sind minderjährig. Ohne die Lieferung von Waffen und Munition, aber vor allem ohne die politische Rückendeckung durch die USA und die BRD könnte Israel diesen Krieg nicht führen. Völkerrechtlich beruft sich Israel auf sein Selbstverteidigungsrecht. Zu diesem Recht gehört aber immer das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Viele Beobachter sehen dieses Prinzip beim Vorgehen Israels nicht gewahrt. Selbst der Internationale Gerichtshof (IGH) hat in seinem Urteil vom 26.01.2024 betont, dass ein unmittelbares und reales Risiko eines Völkermords besteht. Dies ist um so erstaunlicher, weil der IGH sich sonst gerne an westliche Vorgaben hält. Was in der BRD so gut wie nie erwähnt wird, ist die Tatsache, dass Israel international als Besatzungsmacht angesehen wird. Israel gehört zu den Ländern mit den meisten Verurteilungen wegen Menschenrechtsverletzungen vor dem UN-Menschenrechtsrat (bis 2023 103-mal). Das

Völkerrecht kennt aber auch ein Recht auf Widerstand von kolonisierten bzw. besetzten Völkern: Mit Resolution 2105 (XX) vom 20. Dezember 1965 wurde erstmals die Legitimität des Kampfes der Völker unter Kolonialherrschaft anerkannt.

Henning Mächerle



BDS – Was ist das?

In der Diskussion um Israel und Antisemitismus wird immer wieder die BDS-Kampagne als antisemitisch bezeichnet, ohne dass deren Ziele erklärt werden. BDS – das heißt „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“. Gemeint ist damit, dass keine aus Israel importierten Waren gekauft, keine von der israelischen Regierung gesponserten Veranstaltungen unterstützt und keine Investitionen in Israel getätigt werden sollen. Ursprünglich sollte das nur die von Israel besetzten Gebiete betreffen. Da aber Waren aus diesen Gebieten widerrechtlich als „Made in Israel“ auf den Markt kommen, wurde diese Einschränkung fallengelassen.

Kritiker der Kampagne setzen sie mit der Naziaktion „Kauft nicht bei Juden“ gleich. Das ist aber falsch, niemand wird bedroht, wenn er Waren aus Israel kauft oder verkauft. Vor allem aber richtet sich nichts daran gegen Juden als ethnische oder religiöse Gruppe. Die Kampagne regt zum Nachdenken an, ob man mit einem Kauf die Besatzungspolitik der israelischen Regierung unterstützt. Den BDS-Unterstützern wird auch vorgeworfen, das Existenzrecht Israels zu bestreiten. Als Südafrika wegen seiner Apartheidpolitik boykottiert wurde, kam niemand auf die Idee, damit würde das Existenzrecht dieses Staates bestritten. Es gibt viele staatlich verordnete Sank-

tionen und Boykotte, z. B. gegen Iran, Russland, Kuba, ohne dass das Existenzrecht dieser Staaten bestritten wird. BDS richtet sich gegen die brutale Besatzungspolitik der israelischen Regierung, mit Antisemitismus hat das nichts zu tun. Deswegen wird die Kampagne auch von Juden innerhalb oder außerhalb Israels unterstützt oder gebilligt.

Gernot Linhart

Boycott, Divestment and Sanctions („Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“, abgekürzt BDS) ist eine transnationale politische Kampagne, die den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will.

75 Jahre NATO – kein Grund zum Feiern



1949 gründete sich die NATO, angeblich zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie. Mit diesen Werten aber war es im Machtbereich der Gründerstaaten nicht weit her. Portugal war eine faschistische Diktatur, mehrere Gründer waren Kolonialmächte, die blutige Kriege gegen Befreiungsbewegungen führten. Militärputsche in der Türkei und in Griechenland stellten für das Bündnis auch kein Problem dar. Gerichtet war die NATO gegen angebliche aggressive Bestrebungen des vormaligen Bündnispartners Sowjetunion – obwohl diese die bei den Verhandlungen in Jalta und Potsdam ausgehandelten Grenzen ihres Einflussbereichs einhielt. Die Spannungen, deretwegen die NATO angeblich notwendig war, löste dieses

Militärbündnis erst aus. Ihrer Gründung folgten Jahrzehnte der Hochrüstung und des Schürens von Spannungen zwischen den Völkern. Nach der NATO-Erweiterung vor 25 Jahren förderte man auch extremen Nationalismus, sofern er gegen Russland gerichtet war. Die Hunderte Milliarden Dollar, die die NATO in den 75 Jahren ihrer Existenz für Soldaten, Waffen und Munition ausgab, fehlten für die Entwicklung einer Welt mit mehr Wohlstand und weniger Ungleichheit.

Nach dem vor allem durch das Wettrüsten ausgelösten Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Bündnispartner war die NATO überflüssig. Eine friedliche Zusammenarbeit vieler Staaten Europas und Asiens schien möglich. Die USA aber sahen sich als Sieger des Kalten Krieges, der die Welt nach sei-

nen Vorstellungen neu ordnen konnte. Die europäischen NATO-Staaten machten diesen Unsinn mit. Die NATO entwickelte sich zum Kriegsbündnis. Mit ihren Kriegen ordnete sie allerdings nichts, sondern hinterließ Chaos und gescheiterte Staaten. Inzwischen ist die NATO zum militaristischen Monster mutiert, wie es die Welt noch nie gesehen hat. 60% der weltweiten Militärausgaben entfallen auf sie. Hauptmacht USA, Frankreich und Großbritannien verfügen über etwa 1.000 Stützpunkte weltweit, zum Teil auf widerrechtlich besetztem Gelände.

Große Teile der Welt lassen sich das aber nicht mehr gefallen. Es liegt an uns und der Bevölkerung aller NATO-Staaten für das Beenden und Verhindern von Kriegen zu kämpfen. Eine Zukunft für die Menschheit gibt es nur, wenn es auf dem Erdball zu einer friedlichen Entwicklung kommt.

Gernot Linhart

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen Postfach 110340 35348 Gießen oder E-Mail: giessen@dkp.de Internet: www.giessen.dkp.de



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Di. 30.4. ab 19 Uhr:
Vormai-Feier mit Patrik Köbele, Ernesto Schwarz und Philipp Hoffmann, Kerkrade-Zimmer

Mi. 1.5. ab 11 Uhr:
1. Mai-Demonstration und Abschlusskundgebung ab 12:30 Uhr Kirchenplatz

Sa. 4.5. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Mi. 8.5. ab 17 Uhr:
8. Mai - Befreiung vom deutschen Faschismus, Kundgebung, Kugelbrunnen

Di. 14.5. um 18 Uhr:
Lesekreis bei Henning

Do. 16.5. um 18 Uhr:
Bildungsabend DKP, Ederstr. 16

Di. 21.5. um 19 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP GI, Winchester-Zi., Kongresshalle

Mi. 22.5.:
Redaktionsschluss Juni-Echo

Fr. 24.5. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 1.6. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

So. 9.6. von 8 bis 18 Uhr:
EU-Wahl: DKP wählen!
<https://dkp.de/partei/wahlen/>

Fr. 23. bis So. 25.8.:
UZ-Friedensfest in Berlin

Sa. 31.8. ab 15 Uhr:
Sommerfest der DKP Gießen

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** plante der Magistrat die Krofdorfer Straße durch eine autobahnähnliche Westtangente zu ersetzen. Die Weststadt wäre dadurch zerschnitten worden. Nur über Umwege wäre man vom östlichen in den westlichen Teil gekommen und umgekehrt. Der Plan wurde, wie viele überdimensionierte Verkehrsvorhaben in dieser Zeit, zum Glück nie realisiert.

Vor **40 Jahren** versammelten sich, trotz Verbot durch das Schulamt, über 1.000 Berufsschüler in der Kongresshalle. In zwei Resolutionen forderten sie die Ausweitung ihres Unterrichts auf zwölf Stunden an zwei Tagen, mehr Lehrer und bauliche Verbesserungen. Außerdem schlossen sie sich den Forderungen ihrer Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche an.

Vor **30 Jahren** wurde die Pflegeversicherung eingeführt. Die Versicherten zahlten zunächst 1%, ab 1.7.1996 1,75% Beitrag. Der Wegfall eines Feiertags glich den gleich hohen sogenannten Arbeitgeberanteil aus. Die Kosten der Pflege wurden durch die zugesagten Leistungen bei Weitem

nicht erstattet. Pflege blieb für die Betroffenen eine teure Angelegenheit.

Vor **20 Jahren** wurde die Projektwerkstatt Saasen wiederholt Opfer polizeilicher Willkür. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Humanistischen Union (HU) wurde eine Dokumentation polizeilicher Maßnahmen gegen die Werkstatt vorgestellt. Beim Wegfahren wurde der Vertreter der HU mit Blaulicht verfolgt und angehalten. Die Polizei durchsuchte ihn und das Fahrzeug gründlich. Jeder der beteiligten Polizisten nannte einen anderen Grund für die Aktion: Suche nach Drogen, fehlende Plakette am Nummernschild, defekte Beleuchtung, zu langsam gefahren.

Vor **10 Jahren** wurde die Unzufriedenheit am privatisierten Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) immer deutlicher. Es setzte eine mit der Landesregierung abgeschlossene Vereinbarung nicht um, geleistete Überstunden wurden in Planstellen umgerechnet. Die schwarz/grüne Landesregierung nahm das klaglos hin. Das Land besetzte die beiden ihm zustehenden Sitze im Aufsichtsrat nie.



LÖSUNG:

1	2	3	4	5	6	7
---	---	---	---	---	---	---

★ ★ ★ M.H.

1. Darin lebt jedes fünfte Kind in Deutschland und das würden wir gerne ändern
2. Folge von Militarisierung, auf die wir nicht so richtig Lust haben
3. Nicht so lecker wie die Donauwelle
4. Seit 1949 gegen Frieden, Freiheit und Demokratie (Abk.)
5. Was die Gießener Koalition besonders erfolgreich machte (leere ...)
6. Was die Gießener Koalition noch erfolgreich machte bzw. erlaubte
7. Was die Gießener Koalition (insbesondere für ärmere Mitbürger) teurer statt billiger machte

8. Dafür ist bei der Rhön-AG genug Geld da
9. Wofür wir nach Willen der deutschen Regierung „tüchtig“ sein sollen, aber lieber ausgesprochen faul sein möchten
10. Die übrigen Antworten in diesem Kreuzworträtsel sind überwiegend unschön, daher zum Abschluss noch etwas, worauf wir uns freuen dürfen: Sommer, Sonne und ... (diese Sache, mit der man die angesprochenen Hässlichkeiten loswerden kann)